

Klaus Schönhoven

Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung



Reihe
Gesprächskreis
Geschichte
Heft 49

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Gesprächskreis Geschichte

Heft 49

Klaus Schönhoven

**Geschichtspolitik:
Über den öffentlichen Umgang mit
Geschichte und Erinnerung**

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

ISSN 0941-6862
ISBN 3-89892-169-7

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
(Tel. 0228 - 883-473)
E-mail: Doris.Fassbender@fes.de

© 2003 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn (-Bad Godesberg)
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Druck: Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath
Printed in Germany 2003

Klaus Schönhoven

Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung¹

Vor einem Jahr veröffentlichte der Geschichtstheoretiker Jörn Rüsen eine Abhandlung, die sich mit der Verwandlung der Vergangenheit in Geschichte befasste und dabei von der Frage ausging: „Kann Gestern besser werden?“ Rüsen begann diesen Beitrag mit der folgenden Beobachtung: „Es ist merkwürdig mit der Vergangenheit. Sie ist vergangen und doch gegenwärtig. Was geschehen ist, ist geschehen, und doch können wir uns dabei nicht beruhigen. Immer wieder neu wird sie vergegenwärtigt, gedeutet, umgedeutet, angeeignet, abgestoßen, entfernt, in die Nähe gerückt, vergöttert, verteufelt, verdinglicht, verflüssigt. Wenn wir sie vergessen, bleibt sie nichtsdestoweniger ein beunruhigender Faktor.“ Aus dieser Beobachtung zog Rüsen das Fazit: Die Vergangenheit „kann wie eine Last auf unseren Schultern liegen, die wir gerne abschütteln möchten. Aber wir können es nicht. Sie ist ein Stück unser Selbst. Wir können ohne sie nicht leben.“

Dieser Feststellung des Essener Historikers wird wohl niemand widersprechen, auch wenn sich mancher lieber an die Devise halten würde: „Glücklich ist, wer vergisst.“ Doch Erinnern und Vergessen stehen bekanntlich in einem direkten Zusammenhang. Dies gilt für das private wie für das politische Leben, wobei es in beiden Bereichen von Zeit zu Zeit zu Hochkonjunk-

¹ Bei dem folgenden Text handelt es sich um den gekürzten Text eines Vortrags, der im Rahmen des Historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. Februar 2003 in Bonn gehalten wurde. Für die Drucklegung wurde der Vortragsstil nicht verändert; ferner wurde darauf verzichtet, die zahlreichen Anregungen von anderen Autoren, die in den Text eingegangen sind, oder Belegstellen für Zitate in Fußnoten nachzuweisen.

turen des Erinnerns oder des Vergessens kommt. Gedenkjahre und Geburtstage sind hierfür besonders gute Beispiele, weil bei beiden Gelegenheiten das politische oder das persönliche Gedächtnis von einer sonderbaren Unruhe erfasst wird. In beiden Fällen bewahrheitet sich dann ein Diktum von Marcel Proust, der einmal betonte: „Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit.“ Damit meinte der französische Dichter, dass die Gegenwart kein luftleeres Vakuum ist, sondern vielmehr von der Vergangenheit erfüllt und nur aus ihr heraus zu verstehen ist.

Bei der Suche nach der verlorenen Zeit im privaten Bereich, bei der wissenschaftlichen Rekonstruktion der Vergangenheit und auch beim öffentlichen Gebrauch von Geschichte in Gesellschaft und Politik hat der Blick zurück eine wichtige Orientierungsfunktion für die Gegenwart und für die Zukunft. Die augenblickliche private Lebenssituation wird an den persönlichen Erfahrungen der Vergangenheit gemessen; das von Fachhistorikern gesammelte und erschlossene Wissen bereichert den kognitiven Haushalt einer Gesellschaft; die Geschichtspolitik will – wie schon der Name sagt – mit Geschichte Politik machen. Dabei kann die Vergangenheit als Steinbruch für höchst unterschiedliche Zwecke dienen, wenn es darum geht, tagespolitische Entscheidungen historisch zu legitimieren und auf diese Weise gegen Kritik zu immunisieren. Historische Argumente werden aber auch eingesetzt, um politische Entscheidungen in Frage zu stellen und um einen politischen Gegner wie einen schlechten Schüler bloßzustellen, der im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst hat und deswegen auch nichts gelernt hat. Diese Belehrung widerfährt manchmal auch politischen Freunden, wie der Meinungsstreit über die richtige Irak-Politik zwischen der US-Regierung und den französischen und deutschen Repräsentanten des „alten Europa“ soeben dokumentierte.

Auf allen drei Ebenen – der Ebene der persönlichen Erinnerung, der Ebene der wissenschaftlichen Erforschung und der

Ebene des tagespolitischen Gebrauchs von Geschichte – sind jeweils Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eng miteinander verknüpft: Die Erfahrungen der Vergangenheit wirken sich auf gegenwärtige persönliche Entscheidungen aus, sie beeinflussen wissenschaftliche Urteile und sie dienen als Orientierungshilfe bei der Formulierung von politischen Erwartungen an die Zukunft. Außerdem lassen sich die drei Ebenen des persönlichen, wissenschaftlichen und politischen Umgangs mit der Vergangenheit nicht fein säuberlich voneinander trennen, sondern sie sind ineinander verschränkt. So prägt beispielsweise die Erinnerung an eigene Erlebnisse die individuelle Wahrnehmung und Verarbeitung der Vergangenheit und den persönlichen Umgang mit ihr. Max Frisch hat dies in seinem Roman „Mein Name sei Gantenbein“, in dem der Held sich einen neuen Namen und eine neue Biographie zulegt, mit dem Satz kommentiert: „Jedermann erfindet sich früher oder später eine Geschichte, die er für sein Leben hält.“

Diese subjektive Selbstdeutung existiert jedoch nicht unabhängig von gesellschaftlichen Sinnstiftungen durch Geschichte. Zwischen beiden Bereichen bestehen Zwischenglieder und Verbindungslinien, weil die private Biographie mit den allgemeinen Geschichtsabläufen vielfältig verwoben ist. Und auch in die Rekonstruktion der individuellen Lebensgeschichte fließen – bewusst oder unbewusst – Kenntnisse und Vorstellungen über Vorgänge auf der Ebene der allgemeinen Geschichte mit ein. Es besteht also ein Wirkungszusammenhang zwischen dem gesellschaftlich anerkannten und von der historischen Forschung abgesicherten Wissen über die Vergangenheit und der individuellen Rückerinnerung, wobei es jedoch neben vielen Übereinstimmungen auch erhebliche Abweichungen gibt.

In dem nach mehreren politischen Systembrüchen besonders sensiblen Gelände der deutschen Zeitgeschichte kann man diese eigenwilligen Abweichungen der persönlich erinnerten Vergan-

genheit von dem wissenschaftlichen oder politischen Urteil der Nachgeborenen sehr facettenreich und anschaulich studieren. Die sich dabei offenbarenden Dissonanzen bei der Interpretation von Ereignissen und Abläufen oder bei der Einschätzung von Haltungen und Handlungen ließen sich am Beispiel der erbitterten Kontroversen über den Wahrheitsgehalt der Wehrmachtsausstellung ausführlicher illustrieren. Diese Ausstellung wollte die wissenschaftlich längst akzeptierte These von der Mittäterschaft von Wehrmachtsverbänden an Verbrechen des NS-Regimes öffentlich machen. Dabei hat sich dann einmal mehr gezeigt, dass die Inhalte der individuellen Erinnerung und die Ergebnisse der historischen Forschung nicht immer deckungsgleich sind, vor allem dann nicht, wenn private Gefühle und familiäre Solidaritäten berührt werden und der persönliche Erinnerungshaushalt mit Tatbeständen konfrontiert wird, die man jahrzehntelang verschwiegen und vergessen hatte.

In diesem Kontext ist aber auch zu beachten, dass es auf der persönlichen Ebene grundverschiedene Erinnerungsmilieus gibt: Überlebende KZ-Häftlinge bedenken die Vergangenheit in völlig anders geformten Gedächtnisgemeinschaften als etwa die Mitglieder von Kameradschaftsverbänden der SS; Stasi-Opfer und Dissidenten erinnern die Geschichte der DDR anders als Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit oder SED-Funktionäre. Die Pluralität der Lebenswege prägt aber nicht nur die Erinnerung von Verfolgten und Verfolgern, sondern auch die Vergangenheitsdeutung in unterschiedlichen sozialen Milieus, in den verschiedenen religiösen Glaubensgemeinschaften oder in den politischen Parteien. Industrielle und Arbeiter, Katholiken und Protestanten, Konservative und Kommunisten haben in ihrer unterschiedlichen privaten und beruflichen Umwelt heterogene biographische Erfahrungen gesammelt, aus denen sich kein in allen Einzelheiten übereinstimmendes gemeinsames Geschichtsbild herausdestillieren lässt. Außerdem gibt es so etwas wie eine transgenerationelle Erinnerungskultur, die vielschichtig ist und

dennoch bestimmte Denkhaltungen und Einstellungen über lange Zeiten hinweg konserviert. Und schließlich ist die Erinnerung historischen Konjunkturen und vergänglichen Moden ausgesetzt. Was heute noch eine ganze Nation bewegt, kann morgen bereits wieder vergessen sein.

Beleuchtet man vor diesem komplizierten Hintergrund der individuellen wie kollektiven Prägungen und Erinnerungen die Kontroversen im geschichtswissenschaftlichen und im geschichtspolitischen Raum, so liegt es auf der Hand, dass in pluralistischen Gesellschaften immer verschiedene Geschichtsdeutungen miteinander konkurrieren. Die Erinnerungsvielfalt von Individuen, sozialen Klassen oder gesellschaftlichen Gruppen spiegelt sich in den Fachkontroversen der Historiker ebenso wider wie in den geschichtspädagogischen Auseinandersetzungen über die schulische Vermittlung oder die museale Präsentation von Geschichte. Und natürlich ist gerade die demokratische Geschichtspolitik ein Politikfeld, auf dem sehr verschiedene Geschichtsbilder geformt und angeboten werden, auf dem aus unterschiedlichen Interessen mit der Vergangenheit Politik gemacht wird, auf dem eine Vielzahl von Instanzen und Institutionen, die im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik angesiedelt sind, mit- und gegeneinander Sinnstiftung durch Geschichte betreiben wollen.

Gerade am Beispiel Deutschlands könnte man besonders anschaulich zeigen, dass das, was als nationale oder auch als kollektive Identität bezeichnet wird, vielfach gebrochen ist. Die Vorstellung von einem Nationalstaat Deutschland, der in seiner wechselvollen Geschichte seine Identität bewahrt hat, ist jedenfalls mehr als fragwürdig, blickt man nur auf die Kontinuitätsbrüche des 20. Jahrhunderts zurück. Diese reichten bekanntlich bis an die Wurzeln des nationalen Selbstverständnisses und waren so tief greifend, dass Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg den Abschied von der Geschichte verkündeten oder den Verlust

der Geschichte beklagten und die Bundesrepublik zu einem geschichtslosen Land stilisierten. Ein derartiger Gedächtnisverlust mag bei der Verdrängung oder Verleugnung der nationalsozialistischen Verbrechen Geschichte in den fünfziger Jahren durchaus hilfreich gewesen sein, als der Nachteil einer national eingefärbten Nationalpädagogik größer als ihr Nutzen war. Und die Distanzierung von der Nationalgeschichte des von Bismarck begründeten Reiches half sicherlich auch bei der Selbstanerkennung der Bundesrepublik als postnationaler Teilstaat während der sozialliberalen Ära. Aber spätestens seit dem Fall der Mauer sind die postnationalen Zeiten in der Bundesrepublik zu Ende gegangen und müssen die in dieser Phase entwickelten Zukunftsentwürfe ebenfalls neu bedacht und teilweise umgeschrieben werden.

Der historische Horizont ist einerseits wieder nationalstaatlich konturiert, und die Geschichte der alten Bundesrepublik wird nunmehr als eine besonders erfolgreiche Schlussetappe auf dem langen Weg Deutschlands nach Westen charakterisiert. Andererseits kommt jedoch die historische Wiederentdeckung Osteuropas hinzu, das während der Zweiteilung des Kontinents in der Ära des Kalten Krieges häufig nur als sowjetisches Vorfeld ohne eigene Vergangenheit wahrgenommen wurde. Die Rückkehr Osteuropas auf unsere historischen Landkarten kann auch zu einem Perspektivenwechsel in der Selbstwahrnehmung führen. Wenn nämlich die bislang dominierende Vergleichsperspektive mit dem europäischen und atlantischen Westen ergänzt und erweitert wird durch die Vergleichsperspektive mit dem europäischen Osten, könnte sich das auch auf vorherrschende Interpretationsmuster auswirken. Die politisch-kulturelle Ausformung einer europäischen Zivilgesellschaft reichte schon immer weit über die deutschen Ostgrenzen hinaus. Auf jeden Fall hat sich seit 1990 die mentale Landkarte Europas grundlegend verändert, wobei ältere Ordnungsvorstellungen und Zuordnungen nicht völlig zufällig eine Renaissance erleben, wenn beispielsweise

wieder vom karolingischen oder vom habsburgischen Europa die Rede ist. Zugleich sind auch die ethnischen, religiösen und kulturellen Zerklüftungen und Verwerfungen auf dem europäischen Kontinent dramatisch sichtbar geworden, wie die Begleitscheinungen des Zerfalls des jugoslawischen Vielvölkerstaates zeigten. Mitten in Europa kichert immer noch der Wahnsinn, wie der ungarische Schriftsteller György Konrád vor einigen Jahren feststellte.

Diese nur knapp skizzierten Verschränkungen von politischen Umbrüchen und interpretatorischen Umdeutungen der Geschichte finden sich gleichermaßen auf der privaten Erinnerungsebene, der Ebene der wissenschaftlichen Forschung und auf der geschichtspolitischen Ebene. Die Vernetzungen der drei Ebenen gilt es besonders intensiv zu bedenken, wenn man sich mit dem inneren Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektiven beschäftigt. Wer mehrmals in seinem Leben die eigene Geschichte umschreiben oder korrigieren musste, wer politische Kontinuitätsbrüche verarbeiten musste und wer sich in der Kunst des schnellen Vergessens üben musste, hat vielleicht ein problematischeres Verhältnis zur Vergangenheit als Menschen, die diese persönlichen und gesellschaftlichen Umbruchserfahrungen nicht zu machen brauchten. Vor allem in nachdiktatorischen Gesellschaften ist der Prozess der Erinnerung besonders vielschichtig und komplex und hat immer eine politische und geschichtspolitische Dimension, die sich in Begriffen wie Schuld und Sühne, Entschädigung und Wiedergutmachung, Erinnerung und Verantwortung widerspiegelt. Hier geht es auch um die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Vergangenheitspolitik, wie sich am Beispiel des jahrelangen Kampfes um die Zwangsarbeiterentschädigung näher zeigen ließe.

Für die jüngste deutsche Vergangenheit kann man die Problematik der Vergangenheitspolitik am Beispiel der ostdeutschen

Erfahrungen in vielen Facetten illustrieren. Die Bürger der DDR sollten nämlich nach der Vereinigung mit der Bundesrepublik aus ihrer gescheiterten Geschichte buchstäblich auswandern und einen ebenso radikalen wie alternativlosen Neuanfang wagen – wie alle Deutschen nach dem Untergang des Nationalsozialismus ein halbes Jahrhundert zuvor. Für die Älteren von ihnen schlug also zum zweiten Mal eine „Stunde Null“. Aber diese Metapher war 1990 ebenso irreführend, wie sie es schon 1945 gewesen ist. Denn auch die Zusammenbruchsgesellschaft der DDR konnte die Erblast der SED-Diktatur nicht abschütteln – dafür sorgte schon die fürsorgliche Belagerung und Besetzung Ostdeutschlands durch die Bundesrepublikaner –, noch vermochte sie es, sich alle Wertmaßstäbe und Lebensgewohnheiten der westdeutschen Vorbildgesellschaft sofort und problemlos anzueignen. Ein ostdeutscher Eigen-Sinn, in dem sich die Verteidigung der eigenen Geschichte bis zur Verharmlosung und Verklärung der DDR-Vergangenheit steigern konnte, war nach der deutsch-deutschen Vereinigung konfrontiert mit einer westdeutschen Vergangenheitspolitik, in der der Drang zur moralischen Belehrung und die Forderung nach politischer Besserung die Zustimmungsfähigkeit der Ostdeutschen zur gemeinsamen Demokratie nicht gerade stärkten.

Die These, dass die Deutung und Aneignung der Geschichte einen wichtigen Bestandteil im kulturellen Haushalt einer Gesellschaft darstellt und dass die Geschichte auch ein politischer Faktor ersten Ranges in der Gegenwart ist, obwohl sie sich mit vergangener Wirklichkeit beschäftigt, muss man wohl nicht ausführlich begründen. Ergänzend zu dem bereits Gesagten sei aber auch verwiesen auf die anschauliche Inszenierung der Historie in den Museen oder in den Medien und auf ihre ideologische Instrumentalisierung in der Tagespolitik. So kann man beobachten, dass die Zahl der historischen Museen in Deutschland ständig wächst und mit ihnen die Zahl der Ausstellungen, in denen in spektakulären Inszenierungen ein von überall her zusammenge-

tragener historischer Kostümfundus präsentiert wird. Natürlich soll man die kulinarischen Aspekte der Ausstellungen nicht überbetonen und ihre aufklärerischen und pädagogischen Absichten ebenfalls gebührend hervorheben, aber der manchmal problematische Zusammenhang von Geschichtspolitik und Geschichtskonsum ist hier doch unübersehbar.

Dies gilt auch für die Präsentation von Geschichte im Fernsehen, bei der Information und Unterhaltung eng verknüpft sind. Für diese Form der historischen Spurensuche wurde der Begriff „Infotainment“ geprägt, mit dem die Problematik von pseudo-dokumentarischen Inszenierungen im Fernsehen durchaus angemessen charakterisiert wird. Meistens folgen die angebotenen Sendereihen dem Prinzip der Emotionalisierung und der Personalisierung: Hitlers Helfer und Hitlers Hofstaat okkupieren das Gedächtnis; Rommels Leben und Sterben werden einmal mehr zum heroischen Mythos von Mannesehre verklärt, und der tausendfache Tod im Inferno von Stalingrad erscheint als ein soldatischer Opfergang, dessen Sinnlosigkeit die noch überlebenden Zeitzeugen anschaulich schildern. Die Befragung von Zeitzeugen soll vor allem Betroffenheit, aber auch Wissen aus erster Hand vermitteln und so die immer wieder in unterschiedlichen Variationen in die Sendungen eingebauten Ausschnitte aus nationalsozialistischen Wochenschauen oder Propagandafilmen dokumentarisch ergänzen. Problematisch an diesem Verfahren ist, dass die Rückerinnerungen der Zeitzeugen manchmal ebenso apologetisch und unkritisch sind wie die als Bildquellen verwendeten filmischen Selbstdarstellungen des NS-Regimes. Zumeist mangelt es in diesen Fernsehserien an kritischer Distanz zum Dargestellten und dominiert das suggestive Bild.

Da im Fernsehen Einschaltquoten den Marktwert der Ware Geschichte bestimmen, konzentriert sich das Angebot vor allem auf spektakuläre Themen, die sich gut verkaufen lassen. Hierzu gehört auch der Holocaust, der in vielfältiger Weise ausgebeutet

wurde, wobei die Darstellung der schaurigen Details des Massenmordes durchaus die Grenze zum Voyeurismus überschreiten konnte. Die Wirkungen einer derartigen Geschichtspräsentation, der es an analytischer Distanz gegenüber den Tätern und menschlicher Diskretion gegenüber den Opfern mangelt, waren jedenfalls sehr unterschiedlich. Sie reichten von der völligen Verleugnung der Vergangenheit durch die Generation der Zeitgenossen bis zu einem selbstgerechten Umgang mit ihr durch die Generation der Nachgeborenen, bei denen Gedenkbereitschaft sich mit der Gewissheit verband, persönlich im Stande der Unschuld zu leben und zu den Tugendhaften zu gehören.

Zur mächtig angewachsenen medialen Geschichtsvermarktung kommt der geradezu zwanghaft gewordene Rückgriff auf die Geschichte in der Tagespolitik hinzu, bei dem absurde Vergleiche und abwegige Gleichsetzungen ebenfalls mehr öffentliche Aufmerksamkeit finden als argumentative Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit. Die deutschen Gespensterdebatten der letzten Monate, an denen sich Politiker aus allen Parteien eifrig beteiligten, belegen diese Beobachtung mit deprimierenden Beispielen. Galt in der Tagespolitik bis vor kurzem vor allem die NS-Zeit als kaum ausschöpfbares Repetitorium für den geschichtspädagogischen Nachhilfeunterricht, so muss nun auch die Endphase der Weimarer Republik und hier namentlich Reichskanzler Brüning als Belzebub für die politisch-moralische Abrechnung mit der aktuellen Politik des Bundeskanzlers und der Bundesregierung herhalten. Wissenschaftlich sind derartige Gleichsetzungen zwischen der Berliner und der Weimarer Republik unsinnig, sofern man Methoden und Ziele der Politik damals und heute einfach über einen Kamm schert. Politisch sind sie zudem auch noch gefährlich, weil sie einer maßlosen Fundamentalopposition gegen die demokratisch wieder gewählte rot-grüne Koalition Tür und Tor öffnen und diesen antiparlamentarischen Habitus mit dem Verweis auf das Schicksal der Weimarer Republik pseudodemokratisch rechtfertigen. In wel-

che Richtung der außerparlamentarische Straßenkampf nun zielen soll, hat der vom Professor zum Protestbarden mutierte Berliner Politikwissenschaftler Arnulf Baring bereits öffentlich verkündet, als er die „Bürger auf die Barrikaden“ rief. Er präsentierte sich damit als ein Widersänger der Verfechter einer „konservativen Revolution“, die in der Spätphase der Weimarer Republik aktiv die Aushöhlung der Verfassungsfundamente vorangetrieben hatten. Zugleich verzerrte Baring in geradezu grotesker Weise die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik. Und sein Ruf nach neuen Montagsdemonstrationen verhöhnte auch noch die Dissidenten in der DDR, die sich bekanntlich nicht auf das Verfassungsprinzip der Meinungsfreiheit berufen konnten.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die mediale Inszenierung der Vergangenheit und die politische Instrumentalisierung von historischen Vergleichen nicht immer und unbedingt dem Postulat der Aufklärung verpflichtet waren und sind. Diese Gefahr gibt es bei trivialen und populären Zugriffen auf die Vergangenheit ebenso wie bei ihrer geschichtspädagogischen Aufbereitung und ihrer politischen Umsetzung. Diese Feststellung gilt auch für die Personen, Gruppen und Institutionen, die miteinander um die Deutung der Vergangenheit konkurrieren; und sie gilt auch für die unterschiedlichen Motive der historischen Selbstvergewisserung bei den Adressaten des Angebots. Es gibt – wie Edgar Wolfrum betont hat – politisches Handeln *aus* historischem Bewusstsein gleichermaßen wie politisches Handeln *für* historisches Bewusstsein, wenn es darum geht, geschichtliche Grunderfahrungen zu formulieren und zu vermitteln.

Die Deutung der Vergangenheit ist zu keiner Zeit und in keinem politischen System ausschließlich eine akademische Disziplin gewesen, die man allein den dafür ausgebildeten Wissenschaftlern überließ, sondern sie schloss immer auch nichtwissenschaftliche Zielsetzungen ein. Das Bedürfnis nach kritischer Aufklärung speiste ebenso die Hinwendung zur Historie wie das

nostalgische Verlangen nach einer tragfähigen Tradition; die Hoffnung auf Emanzipation und Reform war eine ebenso starke Antriebskraft für Fragen an die Geschichte wie der Wunsch nach Bewahrung oder die Suche nach Halt in einer sich immer mehr beschleunigenden Entwicklung. So betonte der Philosoph Hermann Lübbe, vor allem die „Herkunftstreue“ ermögliche es uns, den Folgelasten der Modernisierungsprozesse besser standzuhalten; und sein Kollege Odo Marquardt empfahl die Geisteswissenschaften als eine besonders wirksame Medizin, um die Sinnverluste der Moderne für die Menschen erträglicher zu machen. Und im Kosmos der Vergangenheitsdeutungen der Arbeiterbewegung kann man den Zusammenhang von Tradition und Emanzipation, von Geschichtsstolz und Zukunftsgewissheit besonders anschaulich illustrieren.

Auch wenn man als Zeithistoriker – vor allem mit Blick auf die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert – diese Hoffnungen auf Handlungssicherheit und Zukunftsfähigkeit, die sich aus einem gefestigten Herkunftsbewusstsein speist, mehr als skeptisch beurteilt, wird man dennoch in Rechnung stellen müssen, dass der Aufschwung des historischen Interesses, der sich in einem statistisch messbaren Wachstum des populären Geschichtskonsums niederschlägt, nicht nur im Zeichen der Aufklärung steht, sondern die Konsensstiftung auch durch emotionale Appelle an das Gemeinschaftsgefühl sucht. Trotz dieses Befundes ist daran festzuhalten, dass der Umgang mit Geschichte auch grundlegende Vorstellungen, Normen und Werte vermitteln kann, die für die Lösung von Gegenwartsproblemen unerlässlich sind und die Planung der Zukunft erleichtern. Selbst wenn man die apodiktische Meinung von Michael Stürmer, der behauptete, in einem geschichtslosen Land gewinne derjenige die Zukunft, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet, als Ausdruck der Selbstüberschätzung eines während der achtziger Jahre zum Kanzlerberater aufgestiegenen Historikers verwerfen mag, wird sich dennoch nicht in

Abrede stellen lassen, dass die Geschichtspolitik auch in demokratischen Gesellschaften eine wichtige Machtressource ist.

Auf dem Feld der Geschichtspolitik ringen in demokratischen Gesellschaften bekanntlich verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Berufsgruppen und mit unterschiedlichen Interessen um Einfluss. Dies lässt sich leicht belegen, wenn man die zahlreichen Debatten über den Sinn und Zweck von Gedenktagen und Gedenkfeiern, über die politische Notwendigkeit von Mahnmalen oder den pädagogischen Auftrag von Museen, über rhetorische Entgleisungen von Politikern und falsche Analogien in ihren öffentlichen Reden oder über die umstrittenen Botschaften von historischen Ausstellungen Revue passieren lässt. Geschichtspolitische Interventionen von gesellschaftlichen Gruppen stellen die Vergangenheit in den Dienst von bestimmten Interessen, befrachten ihre Deutung mit konkreten Absichten und wollen öffentliche Wirkung entfalten.

Auf dem Meinungsmarkt der Geschichtspolitik treten aber nicht nur Publizisten und Politiker auf, sondern auch die Historiker, deren professionelle Tätigkeitsfelder oft in den publizistischen oder politischen Raum hineinragen. Ihr Selbstverständnis als Forscher und Lehrer, als Archivare und Ausstellungsmacher, als Mitarbeiter von Museen und Gedenkstätten lässt sich nicht in dem viel zitierten, aber immer nur virtuell vorstellbaren Elfenbeinturm der reinen Wissenschaft und absoluten Wahrheitssuche einhegen. Jeder Mensch, also auch der Historiker, orientiert sich an persönlichen Wertvorstellungen und lebt in gesellschaftlichen Bindungen. Und gerade im Falle von Zeithistorikern besteht eine prinzipiell unvermeidliche und praktisch nicht aufhebbare Nähe der historischen Wissenschaft zur Publizistik und Politik. Auch wenn zwischen den wissenschaftlichen Forschungsstandards der Fachhistoriker und den öffentlichen Verwertungsinteressen oft ein weites Feld liegt, sollten die Historiker die Geschichtspolitik nicht nur den Publizisten oder Politikern überlassen.

Mein Plädoyer für ein geschichtspolitisches Engagement der Historiker mag manchen überraschen, der meint, auf dem Minenfeld der politischen Machtkämpfe gehe das wissenschaftliche Ethos verloren und komme es nicht mehr auf die Wahrheit, sondern nur noch auf die Wirkung an. Natürlich kann kein Zweifel daran bestehen, dass – bleibt man in dieser kriegerischen Bildersprache – Geschichte eine Waffe im politischen Meinungskampf ist, der immer von Vereinfachungen und Verkürzungen lebt. Und es kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass diese Waffe nicht nur von autoritären oder diktatorischen Regimes benutzt wird. Auch in demokratischen Gesellschaften, die auf Konkurrenz und Pluralismus basieren, herrscht ein permanenter Meinungsstreit bei der „Arbeit am nationalen Gedächtnis“ (Aleida Assmann) und besteht ein enger Konnex zwischen Vergangenheitsdeutung und aktueller Politik. Im Unterschied zu autoritär oder diktatorisch verfassten Gesellschaften dient die Geschichtspolitik in demokratischen Gesellschaften jedoch nicht der Herstellung und Festigung eines verbindlichen und dogmatischen Weltbildes, sondern der Vermittlung von unterschiedlichen Erfahrungen und Erinnerungen, der Rekonstruktion von politischen Entscheidungsprozessen und dabei verwirklichten Gesellschaftsentwürfen sowie auch der Spurensuche nach verworfenen Alternativen oder nach vergessenen Tatbeständen. Hierbei braucht es der professionellen Hilfe von Historikern bei der Interpretation und Einordnung.

In der Deutungskonkurrenz von demokratischen Gesellschaften treffen die im persönlichen Umfeld konservierten und tradierten Erinnerungen auf die unterschiedlichen Generationenerfahrungen der Alten und der Jungen, auf einander widersprechende fachwissenschaftliche Befunde, die schon deshalb erneut interpretationsbedürftig sind, sowie auf geschichtspolitische Interessengruppen, die um Einfluss auf dem historischen Meinungsmarkt kämpfen. Selbstverständlich ist auch die pluralistische Geschichtskultur in Demokratien nicht gegen die Manipu-

lation durch Meinungsmacher und gegen die willfährige Anpassung von Wissenschaftlern an politische Konstellationen und an Karriere fördernde Konjunktoren immunisiert. Aber solange eine öffentliche Arena existiert, in der der Streit zwischen verschiedenen Deutungen ausgetragen werden kann und in der keine Zensur vorherrscht, die abweichende Meinungen mundtot macht, so lange sollten Historiker die Herausforderung der Geschichtspolitik nicht scheuen. Sie zwingt nämlich dazu, die eigenen Erkenntnisinteressen und Wertorientierungen sorgfältiger zu bedenken und inhaltliche Aussagen wissenschaftlich genauer abzusichern, weil man sich mit den erzielten Interpretationsergebnissen der fachlichen und der öffentlichen Kritik zu stellen hat. Das Forum der demokratischen Geschichtspolitik ist also ein Platz, auf dem sich Gegenwart und Vergangenheit im Dialog begegnen, auf dem das Gedächtnis einer Gesellschaft und ihr selbstkritisches Erinnerungsvermögen in öffentlichen Debatten geformt werden, auf dem die Produzenten von Mythen und Meistererzählungen sich mit den Fragen des Publikums und den Einwänden der Fachleute auseinandersetzen müssen.

Wendet man diese allgemeinen Überlegungen zum öffentlichen Umgang mit Vergangenheit und Erinnerung auf den Fall Deutschland an, so wird man eine vielfältige und komplexe Gemengelage von subjektiven und objektiven Faktoren finden, die über alle staatlichen Umbrüche und politischen Neuorientierungen hinweg weiter bestanden, und man wird auf individuelle und kollektive Erinnerungsmuster und Deutungsalternativen stoßen, in denen sich geschichtskulturelle Konflikte facettenreich widerspiegeln. Da die deutsche Geschichte seit der Nationalstaatsgründung von 1871 unterschiedliche Phasen durchlaufen und mehrfach ihre politischen Vorzeichen grundlegend verändert hat, sind die personellen und mentalen Hinterlassenschaften, die hier das Verhältnis von Geschichte und Politik prägen, besonders sperrig. Deutschland nimmt aus international vergleichender Perspektive in jeder Hinsicht im 20. Jahrhundert eine histori-

sche Sonderstellung ein: Kein anderes Land der Welt hat im letzten Jahrhundert die doppelte Erfahrung der Diktatur unter nationalsozialistischen und unter kommunistischen Vorzeichen so intensiv gemacht; nirgendwo sonst ist die Nationalgeschichte so sehr durch Rassismus und Radikalismus belastet wie in Deutschland; und nur hier liegen demokratische Triumphe und totalitäre Tragödien als prägende Generationserfahrungen besonders nahe beieinander. Der 9. November bietet hierzu als deutscher Denktag zwischen 1918 und 1989 genügend Anschauungsmaterial.

Die Auswirkungen dieser in vielerlei Hinsicht einmaligen Vergangenheit auf das Geschichtsdenken und die Geschichtspolitik in Deutschland sind mittlerweile besonders eindringlich in das Blickfeld der Forschung gerückt worden. Sie hat vor allem in den letzten Jahren verstärkt danach gefragt, welche Denkstile und Deutungsmuster in beiden deutschen Staaten bis zur Vereinigung die wissenschaftlichen und politischen Diskussionen dominierten, welche gesellschaftlichen und politischen Orientierungen sich in den fachwissenschaftlichen und öffentlichen Auseinandersetzungen durchsetzten und wie bestimmte Geschichtsbilder institutionell verankert wurden. Ein Befund dieser Forschungsarbeiten lautet: Die demokratische Neuorientierung und Festigung einer Gesellschaft hängt entscheidend von ihrem Umgang mit der Geschichte ab.

Ganz offenkundig vollzieht sich in Deutschland seit einigen Jahren wieder ein geschichtspolitischer Gezeitenwechsel, in dessen Verlauf die deutsche Leidens- und Opfergeschichte wieder stärker in den Vordergrund gestellt wird. Zunächst wurde das Thema Flucht und Vertreibung filmisch, literarisch und auch wissenschaftlich in das Blickfeld gerückt, wobei drei Diskussionsfelder nebeneinander stehen: Die persönliche Rückerinnerung der Vertriebenen bildete das emotionale Herzstück in einer mehrteiligen Fernsehserie, das Thema Heimatverlust, seine tra-

gischen Begleitumstände und seine Nachwirkungen in beiden deutschen Staaten hat Günter Grass in seiner Novelle „Im Krebsgang“ literarisch reflektiert, und die Historiker haben begonnen, sich intensiver mit dem 20. Jahrhundert als einem Jahrhundert der am Konferenztisch geplanten Umsiedlungsaktionen, der gezielten ethnischen „Säuberungen“ und der zügellosen Vertreibungsverbrechen zu beschäftigen. Gegenwärtig ist noch unklar, in welche Richtung sich diese parallel geführten Diskussionen entwickeln werden, in deren Kontext auch Gedenkstätten- und Ausstellungsprojekte in der Planung sind.

Zur neuen geschichtspolitischen Grundströmung gehört sicherlich auch, dass die vor kurzer Zeit erschienene Darstellung „Deutschland im Bombenkrieg“ von Jörg Friedrich großes nationales und internationales Aufsehen erregt und zugleich ein überwältigendes Echo in der deutschen Presse gefunden hat. Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man die Resonanz, die dieses lange Zeit vernachlässigte Thema nun in den Medien erweckt, als Symptom für einen geschichtspolitischen Stimmungswandel deutet. Auch in diesem Fall bleibt jedoch abzuwarten, ob der deutsche Völkermord und der alliierte Bombenkrieg demnächst gegeneinander aufgerechnet werden. Wenn die öffentlichen Auftritte des Autors wirklich – so der Journalist Gustav Seibt in einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung – „erschütternden Hochämtern des Gedenkens und Mitleidens“ gleichen sollten, würden sie zweifellos den in Deutschland ohnehin vorhandenen Hang zum nationalen Selbstmitleid stärken und die Fähigkeit zur Selbstkritik schwächen. Dies wäre ein geschichtspolitischer Rückschlag in der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Inwieweit bei diesen neuen geschichtspolitischen Grundströmungen auch der Generationswechsel von den Kindern zu den Enkeln eine Rolle spielt, der sich unter dem Motto „Mein Opa war kein Nazi“ vollzieht, bleibt abzuwarten.

Die Einsicht, dass das historische Bewusstsein nicht naturwüchsig entsteht, dass es Wandlungen im Zeitverlauf unterworfen ist und dass sich jedes politische Handeln immer auch aus dem historischen Bewusstsein speist, diese Einsicht prägt zweifellos auch die Geschichtspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, für die seit einer Reihe von Jahren Dieter Dowe verantwortlich ist. Allerdings sieht das Historische Forschungszentrum seine Aufgabe nicht darin, die Vergangenheit parteipolitisch zu instrumentalisieren und seine Zeitgenossen ideologisch zu indoktrinieren. Wer die Tätigkeit des Forschungszentrums nachzeichnet, der wird vielmehr auf Prinzipien und Perspektiven stoßen, die stets der Vorstellung von kritischer historischer Aufklärung aus demokratischer Verantwortung verpflichtet waren und nicht dem blinden Dienst am Dogmatismus.

Das Zentrum war nie ein Turmwächter der Tradition, der sich neuen Ideen ängstlich verschloss, der wissenschaftlichen Kontroversen eilig aus dem Weg ging und stets nur die Pflege der Haus- und Hofgeschichtsschreibung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Blick hatte. Vielmehr wurde hier die Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte immer als ein paradigmatisches Themenfeld verstanden, auf dem alle Aspekte der modernen Demokratie- und Sozialgeschichte von der Parteienforschung bis zur Alltags- und Kulturgeschichte, von der Milieubis zur Mentalitätsforschung zu behandeln sind. Nur diese Ausweitung des Blickfeldes hat das Historische Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung mit seinem bedeutenden Archiv und seiner auch im internationalen Vergleich einmaligen Bibliothek zu dem werden lassen, was es heute ist: zu einer exemplarischen geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsstätte in Europa.

**Reihe Gesprächskreis Geschichte
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Heft 1: Jürgen Kocka, Die Auswirkungen der deutschen Einigung auf die Geschichts- und Sozialwissenschaften, Bonn 1992 (24 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 2: Eberhard Jäckel, Die zweifache Vergangenheit. Zum Vergleich politischer Systeme, Bonn 1992 (24 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 3: Dieter Dowe (Hrsg.), Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993 (180 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 4: Dieter Dowe (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989, Bonn 1993 (208 S.)

Heft 5: Reinhard Rürup, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, Bonn 1993 (32 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 6: Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression, Bonn 1994 (32 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 7: Karin Hausen, Die „Frauenfrage“ war schon immer eine „Männerfrage“. Überlegungen zum historischen Ort von Familie in der Moderne, Bonn 1994 (32 S.)

Heft 8: Hans-Ulrich Wehler, Angst vor der Macht? Die Machtlust der Neuen Rechten, Bonn 1995 (24 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 9: Ausstellungskatalog: Friedrich Ebert 1871-1925. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten, Bonn 1995 (72 S.)

Heft 10: Leonid Pawlowitsch Kopalın, Die Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer politischer Verfolgung, Bonn 1995 (40 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 11: Michael Schneider, „Völkspädagogik“ von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewußte“ Nation, Bonn 1995 (56 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 12: Klaus Schönhoven, Gewerkschaften und soziale Demokratie im 20. Jahrhundert, Bonn 1995 (32 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 13: Dieter Dowe (Hrsg.), Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996 (192 S.)

Heft 14: Dieter Dowe (Hrsg.), Die Deutschen - ein Volk von Tätern? Zur historisch-politischen Debatte um das Buch von Daniel Goldhagen, Bonn 1996 (80 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 15: Dieter Dowe (Hrsg.), Herbert Wehner (1906 - 1990) und die deutsche Sozialdemokratie, Bonn 1996 (64 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 16: Helmut Schmidt, Carlo Schmid 1896 - 1979, Bonn 1996 (24 S.)

Heft 17: Michael Schneider, Die „Goldhagen-Debatte“. Ein Historikerstreit in der Mediengesellschaft, Bonn 1997 (31 S.)

Heft 18: Peter Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus - eine „sozialistische Aktion“? Zum 100. Geburtstag Carlo Mierendorffs (1897-1943), Bonn 1997 (104 S.)

Heft 19: Klaus Tenfelde, Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert, Bonn 1997 (31 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

Heft 20: Dieter Langewiesche, 1848 und 1918 - zwei deutsche Revolutionen, Bonn (31 S.)

Heft 21: Peter Steinbach, Für die Selbsterneuerung der Menschheit. Zum einhundertsten Geburtstag des sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Adolf Reichwein, Bonn 1998 (48 S.)

Heft 22: Dieter Dowe (Hrsg. in Verbindung mit Dieter Gosewinkel), Lernen aus der Vergangenheit!? Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz, Bonn 1998 (111 S.)

Heft 23: Gerald D. Feldman, Unternehmensgeschichte des Dritten Reichs. Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit, Bonn 1999 (32 S.)

Heft 24: Diether Posser, Erinnerungen an Gustav W. Heinemann, Bonn 1999 (21 S.)

Heft 25: Dieter Dowe (Hrsg. in Verbindung mit Andreas Eberhardt), „Mein Vater war doch kein Verbrecher - und doch hat er einem verbrecherischem Regime gedient.“ Warum trifft uns das heute noch?, Bonn 1999 (81 S.)

Heft 26: Klaus Schönhoven, Auf dem Weg zum digitalen Dienstleistungszentrum. 30 Jahre Archiv und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999 (40 S.)

Heft 27: Peter Lösche, Parteienstaat in der Krise? Überlegungen nach 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999 (48 S.)

Heft 28: Hans-Jochen Vogel, Zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR in Schwante vor 10 Jahren, Bonn 1999 (24 S.)

Heft 29: Günther Wagenlehner, Die russischen Bemühungen um die Rehabilitierung der 1941 - 1956 verfolgten deutschen Staatsbürger, Bonn 1999 (184 S., **vergriffen, nur im Internet abrufbar**)

-
- Heft 30:** Friedhelm Boll/Beatrix Bouvier/Patrik von zur Mühlen, Politische Repression in der SBZ/DDR und ihre Wahrnehmung in der Bundesrepublik, Bonn 1999 (40 S.)
- Heft 31:** Peter Brandt (Hrsg.), An der Schwelle zur Moderne. Deutschland um 1800, Bonn 1999 (184 S.)
- Heft 32:** Arno Lustiger, Jüdische Kultur in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens, Bonn 2000 (30 S.)
- Heft 33:** Feliks Tych, Deutsche, Juden, Polen: Der Holocaust und seine Spätfolgen, Bonn 2000 (24 S.)
- Heft 34:** Dieter Dowe, Ferdinand Lassalle (1825 - 1864). Ein Bürger organisiert die Arbeiterbewegung, Bonn 2000 (29 S.)
- Heft 35:** Michael Brenner, Wie jüdisch waren Deutschlands Juden? Die Renaissance jüdischer Kultur während der Weimarer Republik, Bonn 2000 (48 S.)
- Heft 36:** Dieter Dowe, „Agitieren, organisieren, studieren!“ Wilhelm Liebknecht und die frühe deutsche Sozialdemokratie, Bonn 2000 (30 S.)
- Heft 37:** Peter Steinbach, "Schafft die Einheit!" Wilhelm Leuschner 1890 – 1944, Bonn 2000 (40 S.)
- Heft 38:** Dieter Dowe (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2001 (176 S.)
- Heft 39:** Dieter Dowe/Dieter Wunder (Hrsg.), Verhandlungen über eine Wiedervereinigung statt Aufrüstung! Gustav Heinemann und die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis, Bonn 2000 (80 S.)
- Heft 40:** Teresa Löwe, Der Politiker Eduard Bernstein. Eine Untersuchung zu seinem politischen Wirken in der Frühphase der Weimarer Republik (1918 – 1924), Bonn 2000 (158 S.)
- Heft 41:** Ulrich Borsdorf, Hans Böckler (1875 – 1951) - historische Leitfigur der deutschen Gewerkschaften?, Bonn 2001 (44 S.)
- Heft 42:** Erich Ollenhauer (1901-1963). Ein Leben für die deutsche Sozialdemokratie. Reden zum 100. Geburtstag am 27. März 2001, Bonn 2001 (32 S.)
- Heft 43:** Bettina Hitzer, Schlüssel zweier Welten: Politisches Lied und Gedicht von Arbeitern und Bürgern 1848 – 1875, Bonn 2002 (222 S.)
- Heft 44:** Heinrich August Winkler u.a., Arbeit am Mythos Rosa Luxemburg. Braucht Berlin ein neues Denkmal für die ermordete Revolutionärin?, Bonn 2002 (28 S.)
- Heft 45:** Manfred Stolpe, Otto Wels und die Verteidigung der Demokratie, Bonn 2002 (32 S.)

Heft 46: Anne Cottebrune, „Deutsche Freiheitsfreunde“ versus „deutsche Jakobiner“. Zur Entmythisierung des Forschungsgebietes „Deutscher Jakobinismus“, Bonn 2002 (61 S.)

Willy Brandt, Reden anlässlich des 10. Todestages am 8. Oktober in Berlin, Bonn 2002 (34 S.)

Heft 47: Jürgen Kocka, Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945. Aufstieg – Krise – Perspektiven, Bonn 2002 (37 S.)

Heft 48: Julia Macher, Verdrängung um der Versöhnung willen? Die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur in den ersten Jahren den friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien (1975-1978), Bonn 2002 (132 S.)

Heft 49: Klaus Schönhoven, Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung, Bonn 2003 (20 S.)

Alle Hefte sind im Volltext im Internet abrufbar unter www.fes.de

Kostenloser Bezug beim
Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Doris Faßbender
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Tel.: 0228 - 883 473, Fax.: 0228 – 3779606,
E-mail: Doris.Fassbender@fes.de